

Sächsische Volkszeitung

Bezugshinweis: Siedlungsbuch in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeben. Abgabe A mit einem Betrag 6 Mark
Abgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland ist eine Abgabe A 7.35 M. Abgabe B 6.90 M. —
Die Eßtische Reisepauschale erhält an allen Wochenenden sofort. — Siedlungsbuch ist bestellt. 11 bis 12 Uhr

Bisetzungen: Rinnung vom Verbindungsgraben der 10 mit dem Quellgraben der 11 über beide - Wasser ab zu
Verbindungsgraben 60 A, im Bettlumen 1,50 m. Sammelgraben 6 A. Der obere und verhältnismäßig lange Bach betreut
geschiebete Kiesgruppen sowie mit der Felsunterlage verbundene Kiese.

Ausverkauf, Werteproduktion und Wiederaufbau

Seit Monaten haben wir dem deutschen Volle zugewiesen: arbeitschaftl. Werke mit dem Fleiß und der Ausdauer, die von jeder des deutschen Volles Ehre und Zier waren, und wir werden wieder hochkommen! Unser Zuversen ist im allgemeinen auch nicht ohne Erfolg geblieben. Arbeitslust und Arbeitsfreude sind im Begriff, in die Werkstätten ihre Rückkehr zu halten. Auch die Arbeitsleistungen sind wieder gestiegen, teilweise sogar wieder bis zur Höhe der Vorriegszeit.

So schafft das deutsche Volk tatsächlich neue Werte, um seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Aber für die Werte, die wir an das Ausland verkaufen, um von diesem dafür Gegenleistungen zu beziehen, erhalten wir keine entsprechenden Gegenwerte. Der traurige Stand der Wirtschaft hat bei uns die Wirkung ausgelöst, die man den großen Ausverkauf nennt. Geschäftstüchtige, die bei uns den Namen Industrie und Kaufleute zu Unrecht führen, verkaufen zu viel zu billigen Preisen an das Ausland, und dessen Kaufläufer schleppen zu diesen für sie äußerst vorteilhaftesten Preisen aus dem Warenhaus Deutschland heraus, was zu holen ist.

Deutschland muss so auf die Dauer ausgeweitet werden. Alles Wirtschaften kann schließlich nichts helfen, wenn die eigentlichen Kapitalien außerhalb seiner Grenzen sich befinden. Wir müssen nun gegenmaßnahmen gegen die finalsoße, uns ruinierende Wertvergleichung greifen. Die einfachste wäre eine sofortige völlige Angleichung der Zulandpreise an die Weltmarktpreise. Eine solche ist aber bei der revolutionisierenden Wirkung, die sie bei uns auf die Zulandpreise, auf Arbeitslohn und Gehälter ausüben würde und müsste, zurzeit unzumutlich. Wir müssen daher wenigstens für die Waren, die wir an das Ausland abgeben, die Preise in annähernder Höhe der Weltmarktpreise bemessen. Alle deutschen Industriebetten, die ins Ausland liefern, können gar nicht nachdrücklich genug auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, ihre Exporte in der Valuta des bestimmingtandes in Rechnung zu stellen und sich nicht dabei von den eigenen auf Grund unserer vorzetteten Marktwaluta ermittelten Geschäftskosten leiten zu lassen.

An den Weltmarktpreis angeglichenen deutschen Auslandsspreisen mögen den einzelnen ansehblichen privatwirtschaftlichen Gewinne bringen. Es wäre jedoch völlig verfehlt die Dinge unter diesen engen Gesichtspunkten anzusehen. Wir müssen **vollwirtschaftlich** denken und so handeln, wie es vollwirtschaftlich nötigt. Und da spricht alles dafür, die Auslandsverkaufspreise mehr an den Weltmarktpreisen anzunähern, um nicht zu sagen, sie auf deren Höhe zu bringen. Wir müssen für unsere Waren die entsprechenden Gegenwerte bekommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir für die Waren, die wir ausführen, die Rohstoffe selbst teuer im Ausland kaufen müssen, um so teurer, je tiefer unser Valutahandel ist. Das können wir auf die Dauer nur wenn wir uns durch die Ausfuhr zu angemessenen Preisen entsprechende Devisen verschaffen.

Einen solchen Rohstoff- und Warenausgleich mit dem Ausland können gerade wie bei unserer Eigenart als ein hervorragend industrielles Veredelungsland nicht entbehren, wenn wir überhaupt wieder hochkommen wollen. Für diese unsere Eigenart bieten sich plausibelweise aber gute Aussichten. Der Warenhunger wird in der Welt noch auf Jahre andauern. Deutsche Veredlungsprodukte werden daher noch lange gefragt sein. Wir können also ausländische Rohstoffe nicht entbehren, bekommen sie aber nicht, wenn wir nicht entsprechend zahlen können. Wir müssen uns daher unsere Ausfuhrwaren angemessen bewerten lassen. Wie zu vergessen bleibt schließlich noch folgendes: Das beste Antezmittel zu guten und reichlichen Leistungen seitens der Arbeiterschaft ist eine nicht zu steilende Lohnpolitik. Gute Löhne, die unsere Arbeiter lohnensfreudig und dauernd leistungsfähig machen, zu zahlen, wird aber die Industrie dann am ehesten imstande sein, wenn auch der Auslandsmarkt für sie gute Erträge abwirkt.

Trotz der in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit wiederholten erhöhten Forderung, bei der Ausfuhr möglichst an den Weltpreis grenzende Preise zu nehmen, dauert das Verschleudern deutscher Waren an. Das Ausland drückt sich durch Einführverbote und Differenzialzölle gegen den deutschen Wettbewerb abzuschließen. Unter diesen Umständen wird, wie vom Reichsverband der deutschen Industrie jetzt betont wird, die deutsche Industrie sich darauf gesetzt machen müssen, daß zum mindesten für die nächste Zeit kein freier Wettbewerb beim Auslandsgeschäft herrschen, sondern eine noch erheblich strengere Kontrolle der Aus- und Einführ eintreten wird, weil die Verschleuderung deutscher Industrieprodukte und der Überschwemmung mit fremden Gütern auswirkt.

Eine solche Kontrolle geht vorans, daß die Hollerungen feiner abgeschlossen werden als bisher, und daß für Einfahrt und Ausfuhr eine gesunde Preispolitik getrieben wird. Die Schließung der Grenzen ist Sache der Regierung, die Festsetzung der Preise sollte jedoch durch die Organisationen der Industrie selbst, und zwar nicht mit beständiger, sondern mit entscheidender Stimme erfolgen, also durch die Selbstverwaltungsräte, was zugesetzen die Regierung anscheinend ja auch bereit ist. Wie müssen so zu einer planmäßigen

Wirtschaftsführung dänisch. Wie bei uns kann man erwarten, daß die erhöhte Weizenproduktion und Weizenernte und mit dem Anlaufe angute kommt und für den Weizenerntebau des Wirtschaftsraumes dänisch.

Erzbergers Rede in Stuttgart

Wir haben schon in Nr. 3 vom 5. Januar kurz über eine außerordentlich bemerkenswerte Rede, die Erzberger am Sonntag in Stuttgart gehalten hat, berichtet. Es liegen nun ausführliche Berichte über diese Zentrumslandgebung vor. Der Kuppelhain des Stuttgarter Schlossgebäudes war viel zu klein; vor Beginn stand vor dem Kuppelgebäude und dem Schloss eine dichtgedrängte Menschenmenge, die nicht mehr eingelassen werden konnte. Von Landtagsabg. hanter begrüßt, ergreift Minister Erzberger das Wort zu einer Zeithaltenden Rede. Er bedachte, in berichtet die "Augsburger Postzeitung", zunächst Riesen und Gröbers, dessen Schüler er sich mit Stolz und Bescheidenheit nennet, und erzahlte unter merkbarem Interesse Ergriffenheit von Gröbers lebendem Gang in den Reichstag. Und dann geht er über auf die großen Fragen der Versammlungen, Biegenvorstadt und Palast. Witten während der Rede hatte Erzberger unterbrochen müssen. Es wurde befürchtet, daß auf dem Schloßplatz eine volkshundertstafte Menge den Minister in Loren wünsche, die nicht mehr länger zu beruhigen sei. Erzberger redet sich darauf ins Schloß und lädt von einem Fenster aus in der Menge, während unterdeien Verbrauchungsminister Graf die im Saal Versammelten zu festla wechte. Nach etwa einer Viertelstunde feierte Erzberger, sturmijm begrüßt, zurück, um seine Rede zu beenden. Wir geben daraus das folgende wieder:

„So lange das Deutsche Reich bestellt, hat es keine Regierung geben, auf der so zahlreiche und dringende Aufgaben ruhen, wie auf der jetzigen. Alle Regierungsmitglieder dienen mit allen Kräften einem Ziel: dem Wiederaufbau. Das Volk hat ein Recht, von der Regierung Sicherheit zu verlangen. Denn sonst ruht die Regierung auf dem Unterbau des Volkes selbst, so kann sie nicht wie früher über dem Volk Wir Regierenden sind selbst Volk. Wir stehen ab, wenn wir nicht mehr von dem Mehrheitswillen des Volkes getrennt werden. Eine Regierung in der Weisheit hat ein so verhängnisvolles Erbe übernommen wie die jetzige. Die Herrschaftsräte des alten Regimes hatten sich verschworen, die Armee hatte sich ausgelöscht. Die Strafe war bei ihr die Ausübung einer furchtbaren Macht. Demgegenüber ist es eine der großen Geschichtsschaffungen, wenn die Revolution der Rechten behauptet, die Regierung sei am den heutigen Verhältnissen schuld. Kein, die Regierung nach dem 9. November 1918 war nichts weiter, als eine Verwaltung des alten Regimes, das Konfars am 9. November angemeldet hatte, besonders des schrankenlosen Militärregiments. Die neue Regierung hat seit dem Zusammenbruch Vieles und Großes geleistet; sie hat den blutigen Bürgerkrieg bis jetzt verhindern. Wir leben in geordneten Verhältnissen, ein jeder kann seiner Arbeit nachgehen. Die Staatsschine läuft.“

Sind die jetzigen Mehrheitsparteien an den bestehenden schweren Verhältnissen schuld? Die Vertreter der alten Regierung möchten ihnen diese Verantwortung zuschieben. Aber das ist eine große Gefährdungslösung. Während des ganzen Krieges hat der Reichstag verzweifelte Versuche gemacht, gegen die ihm auferlegte Schmach zu kämpfen. Aber mit allen Mitteln hat man seine Beschlüsse durchsetzen, ja man hat verstanden, die deutsche Volksvertretung im Stad und Heer herabzuwirken und zu verhöhnen. Ich erinnere nur an die Friedensresolution des Reichstages, die mit goldenen Lettern im Buch der Geschichte der deutschen Volksvertretung verzeichnet ist. Maßgebende Militärs haben erklärt, daß sie nichts gegen die Resolution hätten — um sie im nächsten Augenblick zu sabotieren. Die Sonderbeforderungen 1917 der Obersten Heeresleitung beweisen, daß jeder Versuch von Friedensverhandlungen verhindert wurde. Am 21. Juli 1917 stützten die allmächtigen Militärs den politischen Außenminister, weil er das Kriegerische nur durch politische Verhandlungen lösen konnte. Und drei Monate später — haben dieselben Militärs bedingungslose politische Verhandlungen in überdrüssiger Haltung gefordert. Dem deutschen Volke aber durfte man die Wahrheit nicht sagen. Als ich im September 1917 in Biberach über den U-Bootkrieg auch nur andeutungsweise sprach, hat man ein Strafverfahren eingeleitet verordnet. Am 11. November hat man mir das Wort verboten. Die geplante Lüge hatte damals freien Lauf. Alle Warnungssignale haben unterdrückt, verhöhnt, — bis das bittere Ende kommen mußte. So liegt man die Mehrheitsparteien an. Nicht die Rechte sondern wir sind die Auflöser. Die Konservativen waren die Schlimmeren derjenigen, die so in einem solchen Zusammenhang haben kommen lassen. Diese neue innere Blockade der Lüge und Entstellung muss gebrochen werden. Insbesondere die Freiheit der Mehrheitsparteien muss sich der verantwortlichen Aufgabe bewußt bleiben und den Kampf gegen die deutsch-nationale Agitation mit aller Einfachheit aufnehmen. Mit vornehmer Zurückhaltung gegenüber Leuten, die armuts sind, alle Mittel anzuwenden, kommt man nicht durch die Wahrheit ins Volk tragen, lautet die Parole.

Eine dritte Weisheitsföhlung der Opposition ist der Versuch, die Verantwortung für den Waffenstillstand und der heutigen Regierung zu verschieben. Aber die Geschichte beweist, daß der Waffenstillstand von den Militärs gefordert wurde, und nachdem ich die Befehlsergaben des Marschall noch in das Große Hauptquartier gab, erhielt ich ein Telegramm von Hindenburg, den Waffenstillstand abzuschließen, auch wenn sich keine Wiederherstellung der ursprünglichen Bedingungen erreichen ließe. Wenn die Regierung einen Fehler gemacht hat, so war es der, daß sie nicht das Militär zum Abschluß des Waffenstillstands gezwungen hat. Genau so lagen die Dinge beim Friedensabschluß. Die Militärvertreter bei den Alliierten wartete nur darauf, in Deutschland einzumarschieren zu können. Ich weiß es aus der besten Quelle, daß Marschall noch es nur schwer überwinden konnte, sein Traum seines militärischen Lebens, Welt mit den Kanonen niederzuschießen, nicht verwirklichen zu können, weil der Waffenstillstand ihm vor lag. Anschließend dieser ganzen Strömung sollten wir den Frieden nicht unterzeichnen? Dann wäre es vorbeigewesen mit der Einheit des deutschen Volkes.

Die Rédite arbeitet mit allen Mitteln, um ihre Unschuld zu beweisen. Einzig ist die ungeheuerliche Behauptung, die „Heimat ist der Front mit dem Dolch in den Rücken gefallen“. Mit dieser Te-

Mittwoch, 7 Januar 1920

Geographischer 21. Bau
Postämterkonto Berlin Nr. 14797

auf Grund dieses Artikels kein Pfund Mehl, kein Kilo Fett, keinen Ballen Baumwolle erhalten. Das ist kein Vorwurf, weil der Friede bisher noch nicht ratifiziert ist. Wird aber in diesen Tagen das Friedensprotokoll errichtet, dann muß auch die Pflicht des Artikels 235 erfüllt werden.

Hinsichtlich der Forderungen nach Zulassung der freien Wirtschaft führt der Reichsfinanzminister aus, daß er ein Gegner der unbedeutenden freien Wirtschaft sei. Er führt weiterhin aus, daß große Gebiete, wie z. B. Chemie, Maschinenindustrie, Kleinfabrikzeugnisse, Leder, Papier, Metalle Ausfuhrverbote bestehen, um so zu verhindern, daß unsere Vorräte an das Ausland verschleudert würden. In der Forderung nach Betriebsreform sieht er einen gesunden Gedanken. Großen Dank spricht der Minister auch der Beamtenchaft aus, deren Leistungen im Verhältnis zu der teuren Lebenshaltung als lobenswert zu bezeichnen seien. Er lasse jetzt eine großzügige Besoldungsreform durchführen, die schon vom 1. April 1920 ab in Kraft treten solle. Die Grundsätze, nach denen diese Reform geführt wird, sind von hoher sozialpolitischer Bedeutung. Das Grundgebot soll den Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Haushandes sowie die Eheschließung ermöglichen und Dienstlizenzen sollen für die örtlichen Verschiedenheiten den nonvendigen Ausgleich bieten. Durch Kinderzulagen soll dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Es wird auch eine Vereinfachung in der Zahl der Beamtenstellen eintreten. Ich sage meine ganze Kraft und Energie daran, um dieses so wichtige Besoldungsrecht bald fertigstellen zu können. Eine nicht minder wichtige Aufgabe liegt in der Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. Der Minister schreibt aus, daß dafür bisher insgesamt 1,3 Milliarden Mark aufgewendet wurden. Der Minister hält an, daß sobald als möglich die ersten Wohnen für den Reichstag ausgeschrieben würden, doch aber vorher noch eine Ratswahl vom der Nationalversammlung zu bewältigen ist.

Der Minister ging dann auf die Außenpolitik ein und sagte u. a.: Im Osten ist noch kein Friede. Der Stil des Weltbolschewismus ist Moskau. Solen kann das russische Problem auch mit französischer Hilfe nicht lösen. Der Bolschewismus kommt auch mit polnischer Hilfe nicht lösen. Der Bolschewismus kommt auch mit dem polnisch-französischen Staatsrecht durch, selbst wenn dieser in Paris hergestellt wird. Auch das englische Geld ist hiergegen ohnmächtig. Deutschland darf nicht davon, einzig im Osten vorgezogen, obwohl es wohlbedeutende Nachbarinteressen hat. Es hat seit zwei Jahren erfolgreich Börsposten für die europäische Kultur gestanden ohne Unterstützung des Westens, ohne daß gernzt ist. Wir lehnen jede kriegerische Aktion gegen England ab. Speziell man uns aber im Westen die Tür zu, so muß das überdrückte Deutschland sich Bewegungsfreiheit nach dem Osten schaffen.

Der Minister ging dann auf die maßlosen Drohungen und Agitationen ein, die die Deutschnationalen im Auslande erweden, als ob die Reaktion unmittelbar vor dem Siegreichen Loschlagen steht. Wir haben gegen die Diktatur von links erfolgreich gekämpft. Wir werden im gegebenen Falle auch die Absicht einer Diktatur von rechts brechen. Das deutsche Volk, durch die Vorgänger der Deutschnationalen in einem gewaltsamen Unglück gestürzt, soll nicht auf dem Wege der Gewandlung wieder in einem neuen Unglück gerissen werden. Allerdings muß man sagen, daß die Alliierten auch keine Politiker mit weitsicht sind, sonst würden sie der Agitation der Deutschnationalen keine Waffen in die Hand geben. Mit welcher Stempellosigkeit zum Beispiel benutzt die deutschnationale Presse die Auslieferungsfrage, um sie gegen die Regierung auszu spielen. Alle Welt ist einig in der Forderung nach Säumung von schuldhaften Taten, die außerhalb der unmittelbaren Kriegsinteressen liegen. Aber so wie die Alliierten die Auslieferung verhoben, greifen sie die nationale Ehre unseres Volkes an. Der Gerechtigkeit und dem Recht ist genügend Rechnung getragen, wenn das Reichsgericht in Leipzig, das ebenso wie jedes offizielle Gericht Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung von Verfahren bietet, in Wirklichkeit trüte.

Bor der Unterzeichnung

Berlin, 6. Januar. Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welche den Verhandlungen über das von Deutschland zur Entschädigung für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Material zugrunde liegt, wurde am Montag nachmittag dem Rechten, v. Lersner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Abordnung endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß die Unterzeichnung des Kapitulationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Sonntag ins Auge gefaßt. Der Austausch der Kapitulationsurkunden wurde am Sonnabend den 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Paris, 6. Januar. Die Pariser Morgenpresse bestätigt, daß die Scapa Flow-Auslegung nunmehr als erledigt anzusehen sei. Seine Presse schreibt im "Journal": Die Tonnage, die Deutschland als Entschädigung für die zerstörte Flotte abzuliefern hat, wird sich auf 250 000 bis 300 000 Tonnen belaufen. Für die Lieferung der Tonnage, die 192 000 Tonnen übersteigt, hat Deutschland 30 Monate Zeit erhalten. "Matin" sagt, die letzte Schwierigkeit, die den Austausch der Kapitulationsurkunden behinderte, sei nun aufgehoben.

Bozel, 6. Januar. Die "Nationalzeitung" meldet aus Paris: Die Feststellung des Artikels 235 sei am Sonnabend in der Pariser Morgenpresse leichter bestätigt. "Monde Libre" und "Temps" glauben jedoch, daß der Termin noch nicht der endgültige sei und daß immer noch mit der Möglichkeit seiner übermaligen Verschiebung zu rechnen bleibe.

Ein bedeutsamer Vorfall

Paris, 5. Januar. Paul "Echo de Paris" hat sich in der Sonnabendausgabe des Obersten Rates als bedeutender Vorfall zugetragen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, verlangt, daß die Verbündeten des Obersten Rates zulässig statt mit der Normel, die alliierten und abhängigen Mächte, mit der Normel, die "alliierten Mächte" eingestuft werden. Wilson hätte hingesehen, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr offiziell an den gefestigten Verbündeten teilnehmen wollen, aber sie werden trotzdem durch einen Beschluss an den Zigaretten vertreten sein. Wilson wird nicht nur von der Polizei des Obersten Rates Kenntnis haben, sondern es wird auch nichts Endgültiges beschlossen werden, obwohl daß vorher keine Zustimmung erlangt worden ist.

Der Wiederausbau

Berlin, 5. Januar. Die Beratungen, die in leichter Zeit in Paris über die Feste des Wiederaufbaus des zerstörten französischen Gebietes stattfinden, beschäftigen sich nur auf Einzelheiten, da die allgemeinen Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Vertretern sich in der Hoffnung mit der Scapa Flow-Auslegung und ähnlichen wichtigen Fragen, die einer sinnlichen Elektroauto-fabrik befreit waren. Neben der Rekonstruktion des Wiederaufbaus-Ausschusses in ihrer nunmehr eine vorläufige eröffneten. Am Wiederaufbauamt ermordet man, daß die französische Regierung in ihrer Zeit ihrer entzündlichen Blame und Vorwürfe, die auch genau den Umfang des wieder aufzuhauenden französischen Gebietes und die dazu normative Anzahl von Arbeitern berechnen, der deutschen Regierung übermitteln wird.

Die Sicherung der sozialen Regierung

Berlin, 5. Januar. Eine Antwort auf die letzte Note der Alliierten erfuhr sich durch die in Paris befindenden Delegationen; doch noch unter dem Präsidenten Wilson, Montagnes, mitgeteilt werden, die er dem offiziellen Rat zur Kenntnis bringen soll. Neben den Arbeitsdiensten berichtet B. T. V. folgendes:

Zur Sicherung der Schmiedarbeiter, die sich auf der Rückseite Amerikas an der Errichtung des ersten Prototyps über die Wiederaufbauung der französischen Industrien erfreuen, ist Deutschland weitreichendes Zusamminkommen zu ziehen. Es wird jedoch nochmals festgestellt, daß Verbündete deutschen Rohstoffmaterials ins Ausland auf dem 3. November noch nach bisher angesetzten Termintagen nicht hinzutun haben. Ferner wird erneut Vermahnung dagegen ein-

gelegt, daß die Besetzungen der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtkreis der Gegner begeben haben, gewaltsam festgehalten werden. Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die sechs kleinen Kreuzer, die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Erfolg durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die bemerkliche Bereitstellung der langgestreckten deutschen Küste auf Besitz militärisch brauchbarer Kreuzer unabdingt angezeigt ist.

Die Größe der Besetzungsstruppen

Berlin, 5. Januar. Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der darauf gedrungen wird, daß die Aufgabe von Besetzungsstruppen in den Abstimmungsgebieten mit Macht auf das den Verhältnissen unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibt. Hinsichtlich der Abstimmungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß neben den künftigen Freistadt Danzig, noch das Gebiet von Memel mit den Kosten für die Besetzung belastet werde, da deren Leistungsfähigkeit hierfür bei weitem nicht ausreicht. Die Größe der von der Entente für Danzig geplanten Besetzung wird den bisherigen Verlust der Friedensbesetzung erheblich übertreffen. Auch in Memel würde eine geringe Besetzung hinreichen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Paris, 6. Januar. Der Oberste Rat hat den Wortlaut der letzten Antwortnote auf die deutsche Note wegen der Besetzung der alliierten Besetzungsstruppen festgestellt. Die Note wird der deutschen Friedensdelegation heute abends übergeben.

Die Feststellung des Hafenmaterials beendigt

Berlin, 6. Januar. Die Entente-Kommission zur Feststellung des deutschen Hafenmaterials hat nach Besichtigung sämtlicher deutschen Ost- und Nordseehäfen gestern ihre Arbeit beendet. Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris haben zu einer Einigung über die Frage der Verwaltung geführt. Die Verhandlungen über militärische und Transport-, sowie über Wirtschaftsfragen sind gestern wieder aufgenommen worden.

Staaten verlangt keine Auslieferung

Rom, 6. Januar. Bekanntlich hat die italienische Regierung seinerzeit auf der Pariser Konferenz gegen die Forderung der Auslieferung der Deutschen gewonnen. Sie vertrat den Standpunkt, es widerstreite der Rechtsüberlieferung, die Anklager zu Richtern zu bestimmen. Im Einklang hiermit hat Italien für sich keine Auslieferung von Deutschen verlangt.

General Riessell in Berlin

Berlin, 5. Januar. Seit einigen Tagen hält sich der französische General Riessell in Berlin auf. Er kommt aus dem Balkan und befindet sich nicht auf der Durchreise, sondern in einer besonderen Mission in Berlin. Der General steht, wie die "Neue Berliner Rundschau" hört, auf dem Standpunkt, daß das deutsche Volkstum-Abenteuer noch nicht erledigt sei. General Riessell hat vor einigen Wochen im Balkan schriftliche Zusagen des deutschen Generals Eberhardt erhalten und behauptet, daß diese Zusagen von Eberhardt nicht gehalten worden seien. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Richtigstellung von Material, was das Deutsche Reich nach dem Friedensvertrag und General Eberhardt durch seine schriftlichen Versprechungen verpflichtet waren. General Riessell würde auch den Aufenthalt des ehemaligen deutschen Balkanunternehmens an den Ostgrenzen des Deutschen Reiches in Italien. Er hat bereits den Vertrag gemacht, sich mit dem Reichswirtschaftsminister Rosse und dem Minister des Außenhandels Müller in Verbindung zu setzen. Beide Herren sind aber auf kurzen Urlaub und von Berlin abwesend. Schließlich hat Riessell eine zufriedene Besichtigung des Reichsmarinesprovinz sprechen wollen. Der betreuende Herr ist ihm jedoch mitteilen, er wäre stark. Riessell hat die Absicht, so lange in Berlin zu bleiben, bis er sein vermeintliches Recht durchgesetzt hat.

Der Verfailler-Zwischenfall

Berlin, 6. Januar. Auf die Anfrage der weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung wegen des Zwischenfalls bei der Abreise der deutschen Friedensdelegation hat das Auswärtige Amt folgende Antwort erteilt:

Das Auswärtige Amt hat erst längere Zeit nach dem Zwischenfall in Versailles davon Kenntnis erhalten, daß Frau Dorival nicht so bald als dauernde Schadigung ihrer Gesundheit erlitte hat. Solange annehmen werden konnte, daß es sich nur um eine vorübergehende Krankheitserkrankung handelte, ist aus allgemeinen Gründen davon absehen worden, in der Angelegenheit bei den französischen Regierung noch einmal vorstellig zu werden, zumal, da der französische Ministerpräsident in einer Note vom 17. Jan. v. J. seinem Pedauern über die Vorkommissie in Versailles Anspruch gegeben hatte. Frau Dorival ist jetzt ihrer Erkrankung fortlaufende reichliche Unterstützungen aus Reichsmitteln erhalten, aus denen die gesamten Kosten ihres Unterhalts und ihrer ärztlichen Behandlung bisher gedeckt worden sind. Nach dem sich jetzt die weittragenden Folgen des Zwischenfalls herausgestellt haben und nunmehr auch der Zusammenhang zwischen diesen und der Krankheit ärztlicherseits durch ein Gutachten nachgewiesen ist, erscheint es geboten, die französische Regierung für den Schaden in vollem Umfang haftbar zu machen. Der Vorkunde der deutschen Friedensdelegation in Paris ist mit den erforderlichen Verhandlungen verfehlt worden.

Eine Darleuna Churchill's

Rotterdam, 5. Januar. Paul "R. R. G." sagt Churchill in einer Note, der englische Ausfuhrhandel möchte von Monat zu Monat und Welt zu Welt ausweisen. Es regte Bestellungen in fast allen größeren Industriezweigen nicht nur für inländische, sondern auch für ausländische Märkte. Churchill drang auf Einigkeit. Er sagte, ein Aus einanderfallen der Kräfte, die je die Regierung hätten, könne nur die Folge haben, daß die Arbeiterpartei aus Ruder komme, die sich noch in ihrer Entwicklung befindet und daher vollkommen ungeeignet sei, die Verantwortung der Regierung zu übernehmen. Churchill betonte die Notwendigkeit, eine ausreichend große Flotte zu haben. Über die durchbare Katastrophen in Russland sprechend, sagte Churchill, der Schatten des russischen Unterganges ersehe Unruhe in Indien. Die Herrschaftsleute seien sehr verständig und die Denkmale in erster Reihe. Ihre Vernichtung würde böse Folgen zeitigen, unter denen hauptsächlich England leiden würde. An diese Dinge müßte man denken, wenn man sich die Lage in Deutschland ansehe. Welche Gefahr auch die Engländer hätten, die Tiefe eines großen Teiles der südlichen und westlichen menschlichen Rasse könne man nicht unterschätzen. Man müßte aufmerksam, daß man sich nicht durch Deutschland zurücktreiben läßt, darf es aber auch nicht bis zum Aufruhr treiben. Wenn Frankreich bestrebt sei, mit Deutschland Handel zu treiben, so dürfte England nicht bestreiten, England müßte dafür sorgen, daß es seinen Anteil am deutschen Markt, der vor dem Krieg von so unermächtigem Interesse für die Wohlhaben Englands gewesen sei, nicht verliert.

Kabinettssitz in London

Paris, 6. Januar. Havas meldet aus London: Lloyd George leitet den ersten der Kabinettssitz, die diese Woche stattfinden werden zur Bekämpfung für die Salzunreinigung, die England zu den Fragen einnehmen wird, die auf der Friedenskonferenz noch der Lösung barren. Unter diesen Fragen befinden sich die Friedensbedingungen mit dem Tätsche, sowie die Fragen betreffend den Sudan, Ägypten und Konstantinopel, wie auch die Fragen betreffend Balkanien, Ungarn und die Adria. Die Anwesenheit Lord Montagues in Paris, der Lloyd George begleitet, ist unerträglich, weil bei der Lösung der türkischen Frage die indirekten Interessen berücksichtigt werden sollen. Von Paris wird den britischen Premier ebenfalls deploriert.

Neujahrsproklamation der Semic-Mauerung

Berlin, 5. Januar. Der "Vorwärts" veröffentlicht eine Neujahrsproklamation der Sowjetregierung an das russische Volk, in der es u. a. heißt:

"Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen, und es hat sich die Macht des Sowjets noch mehr gesetzigt." Weiter heißt es: "In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus expandiert der Aufstand auf Auflösung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter und Soldatenräte einsehen, und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionäre Jahr 1920!"

Amerikas Haltung gegen Sowjet-Rußland

Paris, 6. Januar. Havas meldet aus London: Der Washingtoner Vertreter der "Daily Express" telegraphiert: "Vanilla" veröffentlichte die im Staatsdepartement ausgearbeitete Declaratio über die Haltung der Regierung gegenüber Sowjetrußland. Sie hebt hervor, daß die Blockade gegen Sowjetrußland infolge der Tätigkeit Lenin und Trotzki, deren Ziel die Dekonzentration aller allgemeinen Revolution gegen die demokratischen Regierungen sei, vollständig aufrecht erhalten bleibt.

Die Randstaatenkonferenz

Stockholm, 5. Januar. Nachdem auch die polnische Regierung sich bereit erklärt hat, Vertreter zur Helsingforser Randstaatenkonferenz zu entsenden, hat nunmehr die finnische Regierung die öffentliche Einladung an Polen, Estland und Litauen zur Konferenz für den 15. Januar verfaßt. Die Helsingforser Entente-Diplomaten werden der Konferenz beitreten. Die Konferenz hat ein Schutz- und Freundschaftsvertrakt gegen Sowjetrußland zum Ziel. Das schwedische Ministerium des Innern bestätigte dem "Aftonbladet" die Mitteilung, daß Generalmajor Heilmann und Major Wennerström als Befehlshaber aufrechterhalten werden, um mit Litauen die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Lage in Bulgarien

Budapest, 6. Januar. Nach einer Meldung des "A. G." aus Sofia verfügen die bulgarischen Kommunisten über große Mengen Waffen, Handgranaten und Munition. Der Eisenbahnhafen ist in ganz Bulgarien eingestellt worden, weil die Eisenbahner einen Generalstreik angemeldet haben. Die Regierung hat die Reserve eingesetzt.

Bukarest, 6. Januar. Die Telegraphenagentur "Dosi" meldet aus Sofia: Ministerpräsident Stambulov wurde auf der Rückreise von Belgrad von einer Bolshevikgruppe angegriffen. Er entkam nur mit großen Nähe. Seine Belgrader Mission ist vollständig mißlungen, da die Belgrader Regierung kein Vertrauen zu Bulgarien habe. Die bulgarische Regierung ist zurückgetreten. Die Sozialisten sind bestrebt, mit Danzig ein Kabinett zu bilden.

Die Eisenbahnerbewegung

Berlin, 6. Januar. Von zuständiger Stelle wird dem Eisenbahnamministerium mitgeteilt: Während in Frankfurt a. M. die Eisenbahnerarbeiter die passive Resistance aufgegeben haben, hat die Bewegung im Elberfelder Bezirk heute bereits zum Streik geführt. Im Bezirk Elberfeld wird auf einer Reihe von Großbahnhöfen gestreikt, so in Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Bochum und u. a. Der Streik ruht oder wird notdürftig weitergeführt. Auch in Köln und im Bezirk von Köln macht sich allein unter der Arbeiterschaft große Erregung bemerkbar, wenn es auch bisher dort zu einem Streik oder zu passiver Resistance nicht gekommen ist. In den gestern wieder aufgenommenen Verhandlungen ist, wie vom Ministerium weiter mitgeteilt wird, die Arbeiterschaft mit erheblichen Forderungen aufgetreten. Es wird auf die schnelle Fortschreitung des Belehrung der wichtigsten Lebensmittel hingewiesen und eine sehr bedeutende Erhöhung der von der Verwaltung bereits gewährten Abholungsabnahme verlangt. Diese Abholungsabnahme erreicht gegenwärtig eine monatliche Höhe von 40 bis 50 Millionen Mark. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt, und zwar zwischen der Verwaltung und den Arbeitern, die Lebensmittelrechte und die gewährten Löhne in einer Reihe von Kommissionen im einzelnen miteinander vergleichen. Man will die von der Eisenbahndirektion gesetzten Löhne auch mit den in der Landwirtschaft und Industrie gezahlten Löhnen vergleichen.

Berlin, 6. Januar. Heute sind die Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik an dem eigentlichen Tarif angelangt. Die Betriebsvertreter erklären, daß die beteiligten Minister den größten Wert darauf legten, über die für die Eisenbahnerarbeiter wichtigen Fragen so bald als möglich zu einer Entscheidung zu kommen. Die fachliche Beratung gelangt in einem wichtigen Punkte zu einem Ergebnis. Als oberste wirtschaftliche Klasse wurde eine solche vereinbart, in der ein Stundenlohn für einen Arbeiter von 24 Jahren auf 3,50 Mark festgesetzt wird. Darüber hinaus soll jedoch eine Abnahmeklasse allein für Berlin gebildet werden, in der dieser Lohn 3,00 Mark betragen soll. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen zum Teil einen schnellen Verlauf.

Hannover, 6. Januar. Von Eisenbahnerverhandlungen im Direktionsbezirk Elberfeld wurde heute eine Forderung nach einer 250-prozentigen Erhöhung der Arbeiterschicht der Staats-eisenbahner gestellt. Die Forderungen sind dem Eisenbahndirektor in Berlin telegraphisch übermittelt worden. Die Verhandlungen nahmen zum Teil einen schnellen Verlauf.

Düsseldorf, 6. Januar. Ein Teil der Eisenbahner auf den Düsseldorfer Bahnhöfen trat heute in den Ausstand. Anfolgedessen wurde der Güterverkehr vollständig stillgelegt. Die Streikenden beobachteten, nur noch die Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Der Güterverkehr ist bisher noch zum Teil durchgeführt worden.

Bremen, 6. Januar. Heute stattgefunden Verhandlungen von qualifizierten Eisenbahnern der Preußischen Betriebsverhältnisse abgeschlossen. Nach dem Ultimatum der Rottweiler Eisenbahner an den Eisenbahndirektor angeschlagen, das dahin geht, daß bis Sonnabend, 10. Januar, die Annahme der Tarifforderungen durch den Eisenbahndirektor hier zu erklären sei.

Dr. Kohlenmann

</div

